IN·FO

3/69

hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen

Das Auge des Gesetzes sitzt im Kopf der herrschenden Klasse! 3. Nov. 69

SCHIENBEINPROZESS

14.30 Uhr, Zimmer 368, Volgersweg 1
Schöffengericht, Übt Solidarität

Unterstützt die Rechthilfe!
BfG Han., Konto 7756, Vermerk: Rechtshilfe

Organisationspende für das Info: 50 Pf.

Wir bauen das SOZIALISTISCHE ZENTRUM
— gegen Bürokratie und Parlamente
— klassenkämpferisch und solidarisch

Spenden: Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, Kto.-Nr. 9144

Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist Demokratie, die kein Volksbetrug ist.
(Rosa Luxemburg, Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, angenommen am 31, Dezember 1918 auf dem Gründungsparteitag der KPD)

Inhalt von INFO 3

S. 3 Dokumentation: Flugblattserie der Betriebsprojektgruppe

4 Warum wir ein SOZIALISTISCHES ZENTRUM brauchen

5 HOCHSCHULREVOLTE in HANNOVER:
Prüfungsboykott der Architekten
Praktische Studienreform
Prüfungen und Prüfungsangst (Arbeitspapiere)

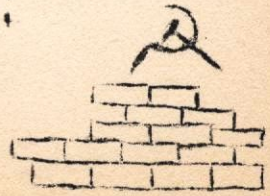
10 SCHÜLERREVOLTE in HANNOVER:
Zur Militarismuskampagne
Rundbrief zur Organisationsfrage
Schülerdemonstration gegen das Kultusministerium

15 ANTIPARLAMENTARISCHE AKTION in HANNOVER:
Demonstration am Wahlsonntag
Bericht über die Vorbeugehaftaktion am Nachmittag des 28.9.
Die Vorbeugehaft in ihrer Funktion in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der BRD

22 Termine und Informationen

JEDER ROTE BAUSTEIN
IST EINE HAND VOLL SAND
IM GETRIEBE DER
HERRSCHENDEN!

GENOSSEN, KAUFT MASSENHAFT
ROTE BAUSTEINE!



Auf die Arbeiter kommt es an . . .

Der Wahlzirkus ist vorbei. Das Koalitions- und Kabinettskarussell beginnt zu kreisen. Die „Preisdisziplin" der Unternehmer ist zum Teufel.

Schon in allernächster Zukunft wird sich zeigen, ob die Lohnerfolge, die in der Streikbewegung erkämpft wurden, Scheinsiege waren oder nicht. Der September-Bericht der Bundesbank notiert immer häufigere Preiserhöhungen, „deren Weitergabe" an die Verbraucher „nur eine Frage der Zeit". Die Arbeiter haben sich in letzter Minute einen kleinen Teil dessen genommen, was ihnen zusteht, um nicht radikal über den Löffel balbiert zu werden. Können die Unternehmer ihre Profitinteressen am besten nach den Wahlen durchsetzen, so müssen die Arbeiter ihre Lohnkämpfe vor den Wahlen führen, dann nämlich, wenn die Unternehmerparteien CDU/SPD/FDP um das Wohlwollen ihres Stimmviehs buhlen. Schon jetzt kündigen zahlreiche Branchen Endpreiserhöhungen an: von der Kohle über Automobile und Hausrat bis zur Damenunterwäsche.

Und Industriebosse wie Politruks des Kapitals in Bonn werden nicht versäumen, die uralte Lüge von der Lohn-Preis-Spirale aufzutischen.

Und die Gewerkschaften werden ihre Hände in Unschuld waschen. Ihnen ist es letztlich egal, ob den Lohnabhängigen als Konsumenten durch Preissteigerungen das wieder genommen wird, was sie sich in Lohnstreiks erkämpft haben. Wie seit Jahren werden sie sagen: Wir haben keinen Einfluß auf die Preise. In der Tat: sie müßten aufhören, in den Sesseln der Aufsichtsräte selbst die Preiserhöhungen mitzubestimmen.

Aber nicht nur die Preiserhöhungen werden darüber entscheiden, ob die Lohnerfolge Scheinsiege waren. Endgültig wird sich das herausstellen, wenn die nächste Rezession kommt, die uns Experten für 1970/71 ankündigen.

Im Verlaufe der letzten Rezession von 1966/67 stießen sich die Unternehmer so gesund:

- Z u e r s t wurden Arbeitsplätze „wegrationalisiert", wurde das sog. „Arbeitskräftepolster", das die Unternehmer in den Zeiten der Hochkonjunktur und des Arbeitskräftemangels in Konkurrenz untereinander anzulegen gezwungen waren, abgebaut, wurde „Kurzarbeit" (verschleierte Entlassung) eingeführt, gab es keine Möglichkeit mehr für Überstunden. Mit Entlassungen und Kurzarbeit sicherten die Kapitalisten ihre Profite und bereiteten auf dem Rücken der Arbeiter die neue Konjunktur vor. Diese Maßnahmen stießen auf keinen Widerstand der Belegschaften.

- D a n n wurden übertarifliche, betriebsgebundene Zusatzleistungen und -löhne gestrichen. Sie sind nicht Bestandteil der Tarifverträge, die die Gewerkschaften abschließen, und sind nicht durch sie geschützt. Der Unterschied zwischen Tariflohn und Reallohn ist zum Exerzierplatz von Unternehmerwillkür und kapitalistischer Lohn- und Leistungsmanipulation geworden, auf den die Gewerkschaften keinen Einfluß haben. Erst diese Streichungen stießen bei den Belegschaften auf Widerstand. Die Hanomag-Arbeiter streikten, unterstützt von allen Belegschaften hannoverscher Großbetriebe.

Bundesschatzminister Schmücker — damals als Wirtschaftsminister unter Erhard für die Entwicklung verantwortlich sagte: „Die gewollte (!!!) Rezession hat . . . das Arbeitskräftepolster abgebaut, der Mißbrauch der Sozialversicherung ging zurück, und die Arbeitsproduktivität stieg."(ZEIT vom 12. 9. 69) (Nicht die Arbeiter übrigens mißbrauchen die Sozialversicherung, sondern die Unternehmer, wenn sie z. B. die Krankenversicherung als Repressalie verwenden: Die Unternehmensleitung der Howaldt-Werft Kiel hat während des Streiks die Arbeiter bei der AOK abgemeldet, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.)

bitte wenden

In zunehmendem Maße hängt der wirkliche Arbeitslohn von betriebsgebundenen Lohnvereinbarungen und Zusatzleistungen ab, die durch Tarifverträge nicht abgesichert sind. Der Unterschied zwischen Tariflohn und Reallohn beträgt durchschnittlich 30% (in sog. Wachstumsindustrien bis zu 50%). Der Unterschied wird noch größer, wenn man Überstunden und betriebliche Sozialleistungen (Altersrenten, Heirats-, Urlaubs-, Weihnachtsgelder usw.) hinzurechnet.

Ein streikender Kieler Werftarbeiter vor der Kamera: „Wenn ich nicht monatlich 60 bis 70 Überstunden mache, kriege ich meine Familie nicht durch." (Nordschau vom 24. 9. 69)

Damit hat sich die tatsächliche Frontlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital entscheidend verschoben. Die Lohndiktate der „Sozialpartner" sind Mindestlohnbedingungen, mit denen der Arbeiter vielleicht verrecken könnte — leben aber kaum. Sie müssen ihre Reallöhne als einzelne in einzelnen Betrieben durchsetzen. Und die Gewerkschaften können diese Löhne nicht einmal sichern und müssen sie in der Rezession dem Druck preisgeben.

Die Frontlinie zwischen Lohnarbeit und Kapital hat sich verschoben: Nicht mehr die überbetriebliche Lohnpolitik der Gewerkschaften entscheidet über die Lage der arbeitenden Klassen, sondern die Entschlossenheit der Betriebsbelegschaften, den Lohnkampf auf der Betriebsebene aufzunehmen.

Die außerbetrieblichen Gewerkschaftsapparate erweisen sich zunehmend als unfähig, die tatsächlich wichtige Auseinandersetzung mit den Kapitalisten auf dem Lohnsektor zu führen. Die auf den Betriebsfrieden vereidigten Betriebsräte sind keine Sicherheit für die betriebsgebundenen Zusatzleistungen. Das hat die letzte Rezession gezeigt.

NUR IM BETRIEB KÖNNEN DIE ARBEITER IHRE INTERESSEN RADIKAL VERTRETEN, DORT SIND SIE STARK — NICHT IN DER WERBEABTEILUNG DES UNTERNEHMERSTAATES: IM BUNDESTAG — NICHT IN DEN TARIFVERHANDLUNGEN DER „SOZIALPARTNER": HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN. AUF DIE ARBEITER SELBER KOMMT ES AN . . .

Kolleginnen und Kollegen!

Ein Betriebsratsmitglied von Klöckner (Bremen), der Sprecher des Streikrats von Howaldt (Kiel) und ein Kollege von Hoesch (Dortmund) sind bereit, nach Hannover zu kommen und an einer Informationsveranstaltung teilzunehmen. Wir wollten die Versammlung bereits am kommenden Sonntag durchführen. Die Stadt verweigerte uns aber die Räume. Ort und Zeit der Versammlung teilen wir mit auf dem nächsten Flugblatt der

Betriebsprojektgruppe im SDS Hannover

(Parvus-Presse, Podbi 105, Tel. 69 03 73)

Wir bauen das SOZIALISTISCHE ZENTRUM

— gegen Bürokratie und Parlamente

— klassenkämpferisch und solidarisch

Spenden: Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, Kto.-Nr. 9144

Warum wir ein SOZIALISTISCHES ZENTRUM brauchen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt arbeiten in Hannover verschiedene Basis- und Projektgruppen, die sich an den Ideen des revolutionären Sozialismus und den Traditionen der internationalen proletarischen Bewegung orientieren. Diese Gruppen vor allem brauchen ein **Arbeitszentrum** als Zentrum ihres internen Austausches und Kontaktstelle, wo sie erreichbar sind und durch die sie ihre Basis verbreitern können. Hier werden sie ihre praktische Arbeit organisieren und Theorie vermassen.

Aus den Fehlern und Fehlentwicklungen des Club Voltaire haben wir gelernt: Theoriefeindlichkeit und Mangel an marxistischer Klassenanalyse führten zu illusionären Politisierungs- und Agitationsmodellen und zu einer bankrottistischen Volksfrontpolitik. Mobilisierung, Politisierung und Organisation können nicht auf der Grundlage eines kleinsten gemeinsamen politischen Nenners der beteiligten „Personen und Gruppen" erfolgen. Vielmehr müssen wir unsere eigene politische Identität klar und kompromißlos herausarbeiten. Sie erst führt uns zu einer realistischen Einschätzung unseres politischen Potentials und erlaubt uns, praktisch folgenreiche Agitations- und Schulungsmuster zu entwickeln und ein taktisches und bündnispolitisches Realitätsprinzip auszubilden. Weil in diesem SOZIALISTISCHEN ZENTRUM die praktischen Bedürfnisse der arbeitenden Gruppen den Vorrang haben sollen, wird es in zunehmendem Maße die authentische Kontaktstelle mit der hannoverschen Linken sein.

Darüberhinaus wird das SOZIALISTISCHE ZENTRUM folgende Funktionen haben:

- **Information:** Vertrieb der Publikationsorgane der Linken (Infos, Zeitungen, Periodika), von Arbeitspapieren, Flugschriften, Raubdrucken, von Erzeugnissen jener Verlage, die Bestandteil der Bewegung sind.

- **Produktion:** redaktionelle und technische Herstellung eigener Kommunikations- und Agitationsmaterialien.

- **Selbstfinanzierung:** Gewinne, die durch Buchvertrieb, Getränkeverkauf etc. erzielt werden, sollen in die politische Arbeit zurückfließen (Basisgruppen, Rechtshilfe-Fonds, Solidaritäts-Kasse, Flugblatt- und Broschürenproduktion).

- **Kommunikation:** konsequente Ausgestaltung der Kommunikationsverhältnisse zu einem Gegenmilieu.

- **Selbstschulung:** umfassende Vorbereitung informeller Kader für die allseitige klassenkämpferische Auseinandersetzung in den Basisinstitutionen.

- **Strategie:** Organisierung des politischen Richtungskampfes auf der Linken selber.

Neben dem Verkauf ROTER BAUSTEINE planen wir weitere Finanzierungskampagnen für das SOZIALISTISCHE ZENTRUM. Die Ergebnisse der BAUSTEIN-Aktion und dieser Kampagnen werden regelmäßig im „INFO. hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen" veröffentlicht. Das Investitionsprogramm für das SOZIALISTISCHE ZENTRUM wird von der Vollversammlung der unterzeichneten Gruppen beschlossen. Sie entscheidet ebenfalls über den Rückfluß der Gewinne in die politische Arbeit. Investitionsprogramm und Gewinnaufteilung werden im INFO veröffentlicht. Die Zeichner ROTER BAUSTEINE erhalten diese Berichte.

Nach wie vor gilt die Formel, auf die Rosa Luxemburg 1918 das „Kommunistische Manifest" brachte:

„SOZIALISMUS ODER UNTERGANG IN DIE BARBAREI!"

AD-HOC-GRUPPE SOZIALISTISCHES ZENTRUM / AKTIONSGRUPPE HANNOVERSCHER LEHRLINGE (AHL) / ARBEITSGRUPPE RECHTSHILFE UND ZENTRALE ERMITTLUNG / BASISGRUPPE STADTSANIERUNG LINDEN / BETRIEBSPROJEKTGRUPPE / KINDERLADENARBEITSKREIS / INFO. HANNOVERSCHES CENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN BASIS- & PROJEKTGRUPPEN (REDAKTION) / SCHÜLERBASISGRUPPE / SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND (SDS) HANNOVER

H O C H S C H U L R E V O L T E in HANNOVER

PRÜFUNGSBOYKOTT des 4. Semesters der Architekturabteilung der TU.

In der Architekturabteilung der TU-Hannover führen Professoren Prüfungen durch, mit denen sie sich selbst nicht identifizieren können. Mangelnde Rechtskenntnis und fehlender Mut zur Reform führen zu schizophrener Handlungsweise der Professoren. Solange die Prüfungsproblematik in Diskussionen erörtert wurde, konnte volle Übereinstimmung über die Sinnlosigkeit dieser Form des Leistungsnachweises erzielt werden. Mit dem konkreten Fall des Vordiploms konfrontiert, brach dennoch der Konflikt offen aus, und 48 Kandidaten sahen sich gezwungen, das Vordiplom zu boykottieren um ihren Forderungen Nachdruck und Öffentlichkeit zu verschaffen.

In einer ersten Diskussion des 4. Semesters am 9.9.69 wurde ein Boykott der gesamten Vordiplom-Prüfungen beschlossen. 51 von 56 Studenten unterschrieben einen Brief an die engere Abteilung und den Prüfungsausschuß, in dem der geplante Boykott begründet wurde.

Am Montag, den 15.9. wurde in einer Diskussion mit den Professoren Bieger (Statik) und Haferland (Baustoffkunde) deutlich, daß sie "froh" wären, wenn keine Prüfungen abgehalten werden müßten. Außerdem bedeutet es ja für die Professoren eine ungeheure [illegible] Belastung, differenzierte Zensuren geben zu müssen.

Jetzt bestanden lediglich noch Bedenken, ob sich unsere Forderungen im Rahmen der Prüfungsordnung verwirklichen lassen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Professoren von dieser rechtlichen Seite keine Ahnung haben und ihre Bereitschaft zu Reformen von vornherein durch die Angst vor Disziplinarverfahren erstickt wurde.

Unsere Forderungen orientierten sich ursprünglich ausschließlich an sachlichen Erkenntnissen und nicht an dem Gesichtspunkt der rechtlichen Möglichkeiten, doch informierten wir uns am nächsten Tag über die Bestimmungen des "roten Nipper", die für uns allein maßgebliche Prüfungsordnung (Dipl.Prüfungsamt/ Herr Brakopp dort einziges Exemplar des roten Nipper an der Hochschule). Hierbei wurde klar, daß die Bestimmungen des roten Nippers ganz anders ausgelegt werden können, als es nach einem scheinbaren Gewohnheitsrecht in der Architekturabteilung bisher der Fall war, und daß hier nach unsere Forderungen rechtmäßig waren. Außerdem versicherte man uns, daß es außer dem roten Nipper für uns keine zusätzlichen Prüfungsordnungen gibt.

Diese Informationen brachten die ahnungslosen Professoren in arge Verlegenheit. Einer von ihnen, Prof. Laage, sprach am Mittwoch (17.9.) in einer weiteren Diskussion von einem "mittleren Skandal" und stellte den Antrag an die engere Abteilung, auf eine Prüfung in seinem Fach zu verzichten. Bei drei von sieben Prüfungsfächern sind ausreichende Beurteilungsunterlagen in Form von Übungsergebnissen vorhanden, sodaß eine differenzierte Beurteilung möglich ist. In den übrigen 4 Fächern sollten Übungsarbeiten über mehrere Tage mit sämtlichen Hilfsmitteln einzeln oder in Gruppen angefertigt werden.

Bei sämtlichen Professoren bestanden immer noch "Gewissenskonflikte" und Unklarheiten über die Rechtmäßigkeit unserer Forderungen. Bei Arbeiten, die nicht unter Aufsicht angefertigt werden ergibt sich ihrer Ansicht nach nicht die ausreichende Gewähr für selbständige Arbeit. Sinnreiches Hinzuziehen von Hilfsmitteln und Informations-

quellen außerhalb der Hochschule ist diesen Herren kein Ausdruck selbständiger Arbeit, sondern eine Quelle der Unsicherheit für Prüfungen, da die Erkenntnisse sich möglicherweise weit von dem Vorlesungsstoff entfernen und eine gerechte Zensurendifferenzierung nicht möglich ist. Es fehlt dann die Streuung der Noten von 1 - 5. ("Dann sind die Arbeiten ja fast alle 2")

Nach endlosen Litaneien von beiden Seiten ließ sich schließlich doch noch die Übereinstimmung erzielen, (erst nach dem wiederholten Hinweis auf die grundlegende Überzeugung der Professoren: Wir wären glücklich, keine Prüfungen abhalten zu müssen; wir wollen doch den Studenten keine Steine in den Weg ihres weiteren Studiums legen) daß unsere Forderungen praktiziert werden könnten, wenn sich schließlich auch die Professoren über die Rechtmäßigkeit unserer Anträge informiert haben würden.

Ein Sonderkapitel mußte das Fach Baugeschichte einnehmen, da der zuständige unabkömmliche Professor gerade eine Kur genoß. Der Beschluß der Versammlung ging dahin am anberaumten Prüfungstage mit Prof. Hoeltje zu dsikutieren. Argument für die vorläufige Weigerung eine Übungsarbeit von den Prüfungskandidaten anfertigen zu lassen, war, daß die Lehre auf die abschließende Prüfung ausgerichtet sei, und diese halbe Stunde offentichtlich der krönende Abschluß von 4 Semestern darstellen sollte.

Aus dieser Diskussion folgte ein neues, härter gefaßtes Papier auf dem der Entschlossenheit Ausdruck gegeben wurde, jede Prüfungsveranstaltung zu boykottieren, falls unseren Forderungen nicht weitgehend Rechnung getragen würde.

Zur rechtlichen Absicherung der Professorenschaft telefonierte Prof. Kaage mit dem Syndikus Heim und erhielt auf die Frage, ob Prüfungen notwendigerweise abgehalten werden müßten ein klares "Ja" als Antwort.

Am Montag, 22.9., fand eine Besprechung statt, an der Syndikus Heim und 2 Studentenvertreter teilnahmen. Obwohl sich Prof. Heim in der Sitzung zwar positiv zu unseren Forderungen äußerte und sie für im Rahmen der Prüfungsordnung möglich befand, war dies für die Profs der Abteilung keine rechtliche Absicherung, da diese Äußerungen nur mündlich gemacht wurden und ein schriftliches Gutachten von Seiten Heims nicht vorlag.

Auf der Sitzung des Prüfungsausschusses am 24. Sept. wurde offensichtlich, daß die Professorenschaft grundsätzlich nicht bereit ist, auf unsere Forderungen einzugehen. Die notwendige Terminverschiebung (entspr. Antrag wurde von uns eine Kommission eingerichtet) der Prüfungen wurde nicht beschlossen und mit Organisationsschwierigkeiten begründet. Unsere wichtigsten Forderungen blieben unbehandelt, statt dessen hielt man sich an dem Problem der Zensurengebung fest. (Wir schlugen zur Vereinfachung des Verfahrens vor, nur die Prädikate "bestanden" oder "nicht bestanden" zu verteilen) und setzte eine Anfrage an das Kultusministerium auf. Als wohlwollendes Entgegenkommen räumte man uns die Möglichkeit ein, sich von der Prüfung abzumelden und das folgende Semester im eingefahrenen Trott weiterzustudieren bis nach Klärung der Differenzen und rechtlichen Grundlagen ein neuer Prüfungstermin anberaumt werde.

Nach über 10stündiger Diskussion entschlossen sich die Prüfungskandidaten (bis auf wenige von besonderen Härte-situationen Betroffenen), sich der Prüfung nicht zu unterziehen.

Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt (Mao Tse-tung)

Aus den negativen Erfahrungen, die wir mit der Studienreformarbeit im WS 68/69 gemacht haben, in Vermeidung eines fixierten Studienplanes und im Sinne einer permanenten Studienreform wurden im vergangenen SS 69 bereits Versuche gemacht, die für uns bislang noch theoretischen Vorstellungen (Essentials) für ein sinnvolles emanzipiertes Studieren in die Tat umzusetzen. Es zeigte sich dabei, daß diesen Interessen der Studenten die im jetzigen Hochschulsystem verankerte Machtstruktur der Professoren zuwiderläuft: entweder kommt es zu bekannten Konflikten (Mehlstraße, Prüfungsboykott) oder aber die Arbeit muß in der Freizeit geleistet werden (Basisgruppe Linden).

1. Terminbegrenzter Entwurf "Mehlstraße"

Die Gruppe hatte begonnen, ein interessen- und bedürfnisorientiertes Arbeiten zu praktizieren, aus dem Wunsch und der sich notwendig ergebenden Vorstellungen heraus, ein Entwurfsprogramm selbst aufzustellen, um einen Entwurfsprozeß mit seinen verschiedenen Phasen sinnvoll bearbeiten zu können. Diese Forderungen nach Selbstwahl des Themas und der Art der Bearbeitung wurden auch zunächst in der Aufgabenstellung des Lehrstuhls Zinnser berücksichtigt und in verbalen Äußerungen der bei der 1. öffentlichen Diskussion anwesenden Professoren anerkannt. Als die Professoren aber feststellten, daß das exemplarische Durchsetzen einer selbstbestimmten Studienarbeit Gefahr auch für ihre Machtposition bedeutete, verschleppte sie die Lösung des Konfliktes und hoffte, daß sich die Gruppe mit angebotenen Kompromissen zufrieden geben würde (siehe Aushang Gruppe "Mehlstraße").

2. Basisgruppe Stadtsanierung Linden

Mit der Einrichtung der Basisgruppe Linden wurde der Versuch unternommen

a) ein komplexes gesellschaftliches Problem zu untersuchen, was notwendig bedeuten mußte, daß fakultative Grenzen gesprengt und Kooperation mit anderen Wissenschaftsbereichen eingegangen wird,
b) Strategien zu einer Lösung des Problems zu entwickeln; d.h.: Untersucht wird nicht wertfrei nur in Bezug auf das Erkennen und Durchschauen des Problems, sondern es wird ein Theorie-Praxisverhältnis entwickelt, indem die Untersuchung Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln = verändernde Praxis ist.
c) diese entwickelten Strategien zu erproben und gegebenenfalls die theoretische Arbeit zu korrigieren.

Sowohl komplexe Bearbeitung als auch gesellschaftsverändernde Praxis sind bisher nicht als Bestandteil des Studiums vorgesehen. Hierfür erweist sich die Ordinarienuniversität mit ihrer bestehenden Entscheidungsstruktur und mit ihrer Fixiertheit auf Bewertung durch die Ordinarien nach nicht nachvollziehbaren Kriterien -wobei der größte Teil des Lernerfolges gar nicht erfaßt werden kann- als unbrauchbar und hinderlich. Darum mußte diese Arbeit für die teilnehmenden Studenten zur Freizeitbeschäftigung außerhalb des"regulären" Studiums werden.

3. Prüfungsboykott

Da sich gezeigt hat, daß die Anerkennung von Entwürfen und das Ableisten von Prüfungen zum Ziel der Arbeit, d.h. selbst zu Lernmotiven werden und dadurch verhindert wird, daß sich Ziele und Methoden aus eigenen Interessen entwickeln, bedeutet der Prüfungsboykott des 4.Semesters und der Diplomanden Widerstand gegen sinnlose Arbeitsmotivationen und Widerstand gegen das primäre Disziplinierungsmittel: Prüfung.

ARBEITSPAPIER zur ANTIPRÜFUNGSKAMPAGNE

8

Immer wieder hört man in Prüfungsdiskussionen mit Hochschullehrern, daß ohne die Klausuren am Ende des Semesters und ohne die Fixpunkte Vordiplom, Zwischenprüfung, Examen etc. bei den meisten Studenten kein Leistungsansporn vorhanden wäre.

Diese Meinung kann entstehen, wenn man heutzutage Prüfungsvorbereitungen, Repetitionskurse oder auch eigene Studienerfahrungen unkritisch betrachtet. Die urmenschliche "Trägheit" und "Faulheit" ist scheinbar nur durch solche Zwänge, die schließlich den ganzen Studienprozeß steuern, überwindbar. Welche Perversion eines Menschenbildes und Wissenschaftsbegriffes hinter diesen"Argumenten" stehen, wird den meisten dabei nicht klar. Heißt es doch nichts anderes, als daß die Studenten - mehr oder weniger passiv - träge Subjekte - nur mit Hilfe der Klausuren- und Prüfungspeitsche durch den Studiengang getrieben werden können, letzlich nur zu ihrem eigenen Vorteil.

Wie sich in einer solchen Prozedur verantwortungsvolles Handeln und Denken entwickeln soll, ist wohl nur Ordinarien einsichtig. Trotzdem müssen wir folgenden Widerspruch einfach konstatieren. Die Studenten kommen freiwillig an die Universität mit dem Wunsch, sich wissenschaftlich zu bilden und sind sich im klaren darüber, daß studieren arbeiten heißt. Wenn wir jedoch ihr Arbeitsverhalten in bisherigen Studiengängen betrachten, so müssen wir feststellen, daß sie den größten Teil ihrer Leistungen nur unter dem Druck von Klausuren, Prüfungen etc. erbringen und nur gering eigenmotiviertes (primärmotiviertes) Verhalten zeigen. Woher kommt dieser Widerspruch? Er hat eigentlich drei Hauptquellen:

1. In ihrer vorangegangenen Ausbildung (Schule) bekam der Bereich Lernen und geistige Arbeit für die Studenten eine negative "Tönung", da ihnen jahrelang ein Wissensstoff vorgesetzt wurde, dessen Notwendigkeit (Bedeutung) sie nicht einsehen konnten und der ihnen deshalb mit direktem oder undirektem Zwang - gegen den ein psychisch gesunder Mensch Abwehrreaktionen entwickelt - "beigebracht" wurde. Dieses jahrelang konditionierte Abwehrverhalten wird dann auch an der Univeristät realisiert.

2. Es wird noch gefördert durch die Tatsache, daß auch an den Hochschulen überwiegend (vielfach) Inhalte und Methoden dargeboten und natürlich in Prüfungen verlangt werden, die längst veraltet sind und keinerlei Bedeutung haben für eine spätere Berufspraxis oder ein gesellschaftliches Handeln.

3. In unserem bisherigen Ausbildungssystem wird in erster Linie Konsumentenverhalten eingeübt. Weder Schule noch Universität motivieren für ein eigengesteuertes, schöpferisches Problemlösungsverhalten. Diese für das Kind noch "unerschöpfliche Quelle der Lust" (Wera Schmidt), die Entwicklung des Wißtriebes ist für Studenten verschüttet. Eine akademische Ausbildung ist überwiegend unlustbetont. Welche Konsequenzen ergeben sich nun für eine optimale Motivationssteuerung im Rahmen einer wissenschaftlichen Tätigkeit?

Oberstes Ziel muß es sein, ein Verhalten zu entwickeln, das überwiegend durch primäre Motivation gesteuert wird. Das heißt: Es muß ein Arbeitsverhalten erzeugt werden, das nicht durch Abwehr und Entfremdung gekennzeichnet ist, sondern durch eine umfassende persönliche Identifizierung mit dem Arbeitsbereich. Es ist eine Binsenweisheit, daß dann eine Arbeit besonders effektiv und befriedigend ist, wenn sie mit Interesse und Engagement gemacht wird und nicht unter irrationalen Zwängen. Bedingungen dafür können geschaffen werden, indem Lehrinhalte nicht losgelöst vom praktischen Handeln abstrakt-theoretisch vorgetragen werden. Das heißt: Nicht einpauken unreflektierter Theorien, sondern Erarbeiten von Theorie und Praxis an selbstgewählten Forschungsarbeiten. Dabei permanente Reflexion der Frage: "Wem dient mein wissenschaftliches Arbeiten."

Weitere Möglichkeiten für eine positive Motivationssteuerung: Gruppenarbeit, die die Vereinzelung und Verunsicherung der Individuen aufhebt und am ehesten zur Schaffung eines Problembewußtseins beiträgt. Das muß bis zu kollektiv angefertigten Diplomarbeiten und Dissertationen führen. Beteiligungen an Forschungsprojekten der Institute mit entsprechendem Mitspracherecht. Elimination jeglichen Lehrstoffs, der nur als Ballast empfunden wird und dessen Berechtigung nicht nachgewiesen werden kann. Interdisziplinäre Arbeiten, die den verengten Blick des Fachidiotentums erweitern und der Tendenz zum entfremdeten Spezialistentum entgegenwirken.

Da solche Pläne weder den Vorstellungen der Ordinarien noch der Kulturbürokratie entsprechen - die Vorschläge des Wissenschaftlichen Rates zur Hochschulreform laufen auf eine weitere Verschulung des Studiums und Ausbildung von "funktionierenden Spezialisten" hinaus - gibt es nur eine Möglichkeit: Selbstorganisation von Forschung und Lehre.

AUS EINER RESOLUTION STUTTGARTER ARCHITEKTURSTUDENTEN ZUM PRÜFUNGSBOYKOTT

3. Verhältnis Einzelner und Gesellschaft

3.1 Prüfungen vereinzeln den Lernenden, er verliert die Fähigkeit zur Kooperation, statt dessen gelangt er zu einem unwissenschaftlichen Konkurrenzstreben.

3.2 Prüfungen verleihen Prestigegewinn, der soziale Unterschiede aufkommen läßt

3.3. Prüfungen erzeugen herrschaftskonformes Studieninteresse und trennen Wissenschaft von gesellschaftsbezogener Verwendung.

4. Weshalb finden Prüfungen noch statt?

4.1 Tradition

4.2 Bürokratische Vorschrift

4.3 Mangelndes kritisches Bewußtsein bei Professoren, Assistenten und Studenten.

4.4. Interesse der Herrschenden an genormten, unkritischen, rentablen Spezialisten für den wirtschaftlichen Bedarf.

S C H U L E R R E V O L T E in HANNOVER

Zur MILITANZ-MUSKAMPAGNE

In einem Arbeitspapier der Schülerbasisgruppe Hannover ("Beitrag zur Organisationsdebatte") versuchten wir den strategischen Zusammenhang zwischen Aktion (bzw. Organisation) innerhalb und Aktion außerhalb der Schule zu bestimmen:

"Die Arbeit der Schüler kann nur im Zusammenahng gesehen werden mit dem revolutionären Kampf der Arbeiter und Studenten. Das aber bedeutet, daß die Arbeit inden Schulen nur erfolgreich sein kann innerhalb einer verbindlichen Strategie der gesamten sozialistischen Bewegung. Daraus resultiert, daß die Aktionen und Demonstrationen außerhalb der Schulen einen besonderen Stellenwert haben. Sie mobilisieren in viel stärkerem Maße die Schüler als die mehr oder weniger reformistischen Forderungen innerhalb der Schule. Für die Kader ergibt sich daraus die Aufgabe, die Demonstrationen agitatorisch in den Schulen vorzubereiten. Erfahrungsgemäß gelang es bis jetzt nicht, die durch Demonstrationen mobilisierten Schüler für den Kampf innerhabl der Schulen zu organisieren. Hier wird es Aufgabe der Kader sein, eine Vermittlung der Aktionen außerhalb und innerhalb der Schulen zu leisten."

Unsere Erfahrung zeigt aber demgegenüber, daß der Zusammenhang zwischen Mobilisierung der Schüler durch Aktionen außerhalb der Schule und Organisierung der Schüler an ihrem Arbeitsplatz, dem Klassenzimmer und der jeweiligen Schule also, nie (oder nur bruchstückhaft) so richtig hergestellt war. Unsere zahlreichen Aktionen gegen NS-Gesetze, Diktatur in Griechenland und US-Imperialismus, die Anti-Ustra-Bewegung und Desertionskampagnen änderten nichts am Arbeitstag der Schüler und hinterließen nur wenige organisatorische Spuren in den Gymnasien. So war es kein Wunder, daß sich die Schüler durch schulspezifische Konflikte nur spärlich und halbherzig hinter dem Ofen ihres versauerten Pennälerdaseins hervorlocken ließen. Der Kampf um die 5-Tage-Woche, der im Wirtschafts-Gymnasium reaktiv geführt wurde (der jahrelang praktizierte Freie Samstag wurde von einem rektoralen Kreutjunker annulliert) [illegible] wurde nicht, wie wir es erhofften, zur Initialzündung zu einer Kampagne für die generelle 5-Tage-Woche an allen Schulen (Leistungskampagne). Selbst die Ratifizierung schulspezifischer NS-Gesetze (Streik- und Flugblattverbot an der Tellkampfschule, vom Kultusministerium offiziell bestätigt) produzierte nur geringe Ansätze einer Schulrevolte: wir organisierten eine Demonstration, konnten aber den Kampf nicht durch direkte Aktionen in die Schulmauern hineintragen.

Der Zusammenhang zwischen Mobilisierung durch Aktionen außerhalb der Schule und Organisierung des revolutionären Kampfes am Arbeitsplatz kann aber nur als dialektischer begriffen werden. Durch massenhafte Aktionen auf der Straße gewinnt die Arbeit an der Basis eine neue Qualität. Sie schaffen jenes politische Bewußtsein und jene revolutionäre Begeisterung, was verhindert, daß die Ansätze politischer Arbeit in der Schule [illegible] in reformerischem Rumwerkeln versanden. Die Erfahrungsprozesse, die durch die tägliche Kleinarbeit in den Institutionen eingeleitet werden, der Versuch die Bildungsinstitutionen aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals herauszubrechen und ihm die Selbstorganisation der Massen entgegenzusetzen, schafft wiederum jenes Korrektiv, das ein Aufgehen "in der Bewegung" verhindert. Die Dialektik von Massenaktion und Organisation revolutionärer Kader kann allein in diesem Zusammenhang gelöst werden.

Wir haben die Militarismuskampagne unter diesem Aspekt diskutiert und angefangen zu arbeiten. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit der antikapitalistische Kampf gegen Imperialismus, gegen Militarisierung der Gesellschaft, gegen Rüstungsforschung und Napalm-Produzenten (Dow-Chemical will mit deutschen Krediten ein großes Napalm-Zweigwerk bei Hannover errichten), gegen Bundeswehr und NATO verschärft aufgenommen werden wird. Wie auch immer diese Auseinandersetzungen geartet sein werden: der Kampf wird seine Verlängerung erfahren und in die einzelnen Schulen hineingetragen werden. Es werden jene Sozialisationsinstanzen und Medien angegriffen werden, die eine Militarisierung des Bewußtseins produzieren und somit Voraussetzung sind für eine Ideologie, die, um Frieden zu haben, sich für große Kriege rüstet. (s. Rundbrief der Schülerbasisgruppe vom 4.1o.) Die Militarismuskampagne wird zahlreiche Möglichkeiten bieten für direkte Aktionen in der Schule, die vom Bepinseln preußischer Embleme bis zum kollektiven Verbrennen von Geschichtsbüchern reichen.

Nachdem der VK in Hannover zerschlagen ist, muß seine Funktion von anderen Gruppen weitergeführt werden. Die Arbeit in und gegen die Bundeswehr darf nicht stagnieren. Für die sozialistischen Schüler ergibt sich hierbei die Chance aus ihrem gymnasialen Ghetto auszubrechen, um die Bundeswehrkampagne gemeinsam mit Jungarbeitern und Lehrlingen aufzunehmen.

Die Dialektik von Theorie und Praxis, unter die wir unsere Arbeit stellen, wird verhindern, daß wir in ein diffus-humanes Osterspaziergang-Bewußtsein zurückfallen. "Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'" (Mao-Tse-tung). "Wir treten dafür ein, daß der Krieg abgeschafft wird, wir wollen keinen Krieg; man kann aber den Krieg nur durch Krieg abschaffen, und wenn man will, daß es keine Gewehre mehr geben soll, muß man das Gewehr in die Hand nehmen." (Mao) "Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden, den Anschlägen, Zettelungen, Ränken der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse, den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. Den parlamentarischen Obstruktionsmanövern der Bourgeoisie die tatenreiche Organisation der Arbeiter- und Soldatengesellschaft - die konzentrierte, zusammengeballte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse" (Rosa Luxemburg).

Wir haben angefangen, Texte des Marxismus-Leninismus zu studieren. Dazu haben wir uns in kleinen Gruppen organisiert, die verschiedene Texte bzw. Themenbereiche aufarbeiten (s. Rundbrief).

In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen -
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn! (B.Brecht)

"Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser."
(Engels, Die preußische Militärfrage)

KM-Aktion der Schülerbasisgruppe

Vor kurzem beschloß anläßlich verschiedener innerschulischer Konflikte d Lehrerkollegium der Tellkampfschule, daß Flugblattverteilung vor Schulen Schulstreiks illegal seien und zuwiderhandelnde Schüler Disziplinarmaßna zu erwarten hätten. Dieser Beschluß wurde durch eine Genehmigung des Kult ministeriums verwaltungstechnisch auf alle Schulen in Niedersachsen verall meinert. Analog der Notstandsgesetze mußten als formalrechtliche Grundlag für diese Bestimmung Gummiparagraphen herhalten. Sie stammen aus einem Sc gesetz vom Jahre 1957.

Wir forderten -ultimativ durch Ankündigung entsprechender Gegenmaßnahmen- das KM auf, den Beschluß zurückzunehmen und Streiks als legal zu bestätig Das KM sah sich zunächst nicht genötigt, auf unsere Forderungen zu antwor

Gegen diese Kanalisierung der Möglichkeiten der Selbstbestimmung der Schü in den formaldemokratischen Appa rat von SMV etc. initiierte die SBG eine tion mit a nschließendem Teach-in.

Dabei sollte im wesentlichen folgendes geleistet werden:

1. Entlarvung der schlichten Verwaltungsverordnung als konsequente Fortfü rung der Notstandsideologie der Herrschenden (Notstandsgesetze der Schule

2. Aufh bung der Fixierung an die/ sich kritisch gebende "Schülermitverwa tung", die nicht mehr darstellt, als eine pseudodemokratische Spielwiese, Wobei man Spielen im Sinne der Herrschenden Lernt, nämlich im Sinne des Pa rlamentarismus.

3. Kritik des Parlamentarismus in Fortführung der SMV-Kritik.
(SMV=Mini-Mini-Parlament)
Als Alternative: Selbstorganisation der Schüler.

An der Aktion, die nach Sammlung auf den Opernplatz zum KM führen sollte, beteiligten sich ca. 200 Schüler. Ohne hinreichende Massenbasis blieb uns nichts anderes übrig, als eine Spaziergangsdemonstration zur TU (Teach-in durchzuführen. Wir zogen uns, da wir nicht siegen konnten, in dieser Form von der Straße zurück.

Am Vorabend der Aktion hatte uns die Rote Garde im Hinblick auf eventuell Kooperation um Darlegung unseres organisatorisch-agitatorischen Konzepts beten. In Bezug auf die KM-Aktion herrschte zienliche Konzeptlosigkeit. Unsere bisherige Arbeit und die agitatorischen Ansätze für die KM-Aktion wurden von der RG als reformistisch-liberalistisch kritisiert, was die Kritik an unsere reaktiven "Strategie" implizierte, denn unsere Aktionen waren nur Reaktionen auf Restriktionmaßnahmen der Herrschenden. Das hatte zur Folge, daß wir nicht längerfristig agieren konnten, keine Organisatio form fanden und unsere bisherige Basis aufgrund fehlender theoretischer Grundlagen die ansatzweise mobilisierten Schüler nicht in unsere Arbeit integrieren konnte.

Während wir später die Kritik reflektiert und größtenteil angenommen habe waren wir zunächst nicht in der Lage, sie unter uns zu diskutieren.

Die gewissermaßen lähmenden Auswirkungen dieser Tatsache und unserer Konzeptlosigkeit zeigten sich am nächsten Tage:

Wir waren unfähig, uns auf dem Teach-in zu artikulieren. Dadurch wurde die RG gezwungen, das Teach-in zu gestalten.

Zunächst kam es zu einer fragmentarischen Auseinandersetzung der RG mit der SBG, die für die anwesenden Schüler völlig unvermittelt war und sie daher frustrierte.

Dann legte zwecks Mobilisierung die RG in einer Rede, u. a. mit Mao-Zitaten ("Gegen die Buchgläubigkeit") ihr Selbstverständnis dar.

Diese Rede war schon allein formal vollkommen unvermittelt und konnte den Erwartungen der Schüler, die sich an einen Schul-immanenten Flugblatt der SBG orientierten, nicht gerecht werden. Statt ~~der~~ XXX Mobilisierungseffekten

stellten sich Mißfallenskundgebungen ein (Frgae einer Schülerin: Was hat Mao mit dem Kultusministerium zu tun?)

Obwohl das geschilderte Agieren der Konzeption der RG entspricht (die in diesem Rahmen XX nicht aufgerollt werden kann)., haben die RG-Genossen formale Selbstkritik geübt und diese Form der Schüleragitation verworfen.

Die umfassende Kritik von einer außerhalb der SDG stehenden Instanz brachte uns dazu, die Voraussetzung eines guten Arbeitsstils für verbindliche Arbeit einzusehen, außerdem die Fähigkeit zur Selbstkritik, die -statt sich in verbalen zu erschöpfen- praktische Konsequenzen nach sich zieht.

Die Schülerbasisgruppe trifft sich ab sofort nicht mehr in der Cafeteria, sondern jeden Montag im HAUS DER JUGEND, Raum 10 (18 - 22 Uhr).

Haut den Paukern auf die Zinken: alle Macht der Schülerlinken !

Macht den Studienräten Dampf - Klassenkampf - Klassenkampf !

Zum SCHIENBEINPROZESS:

Während der Prozesse gegen die Osterdemonstranten im November 1968 protestierten hunderte von Demonstranten gegen ihren Ausschluß von der Gerichtsverhandlung. Obwohl am ersten Tag eine Vereinbarung zwischen Richter und Demonstranten getroffen worden war, für jeden, der den Gerichtssaal verläßt einen neuen hineinzulassen, wurde dieses Agreement durch die Gerichtsdiener und die anwesenden Bullen durchbrochen: Sie ließen zwar noch Leute raus, aber keine mehr rein. Bei der Demonstration gegen diese Praktiken wurde der Genosse Weiberg wahllos von einigen Bullen herausgegriffen und festgenommen.

Es lautet die Anklage: Widerstand gegen die Staatsgewalt; der Genosse Weiberg soll angeblich einen Bullen gegen das Schienbein getreten haben.

Treten wir den Bullen permanent gegen die Schienbeine !

Prozeßtermin:

Montag, 3. November 1969, 14.30 Uhr, Zimmer 368
Volgersweg 1

DIE J U S T I Z IST DER Z U H Ä L T E R DER H E R R S C H E N D E N, DER G E R I C H T S S A A L DAS B O R D E L L DES K A P I T A L I S M U S !

04-10-69

Genossinnen und Genossen!

Wie allen bekannt, wurde das Teach-in unserer letzten Aktion vollständig von der Roten Garde okkupiert. Im Rahmen dieses Kommunikationsrundbriefes ist es jedoch nicht möglich, die noch ausstehende ideologische Auseinandersetzung zwischen dem SDS und den Roten Garden und ML-Gruppen vorwegzunehmen. Der Kritik der Roten Garde an der Schülerbasisgruppe muß allerding weitgehend zugestimmt werden:

1. Wir haben uns mit Selbstverständnisproblemen auf abstrakt-Theoretischer Ebene auseinandergesetzt, was eher der Konstituierung eines Stirnerschen "Vereins der Freien" als politischer Arbeit gleichkommt.

2. Anstatt dezidiert marxistisch-revolutionäre Agitation zu betreiben, haben wir teilweise reformistisch-liberalistischen Mist produziert.

3. Anstatt zu agieren, haben wir immer nur reagiert. (Die KM-Aktion haben nicht wir gemacht, sondern das Kultusministerium)

Aus der Frustration heraus bildete sich ein Initiativ-Kader Militarismus-Kampagne. Dessen Vorschläge, die im Plenum am letzten Montag vorgetragen und diskutiert wurden, korrespondierten mit einem strukturtechnischen Konzept, das ein Schulkader vorgetragen hatte. Auf Grund einer Analyse unserer Situation wurde - dem Vorschlag des Initiativ-Kaders folgend- beschlossen, eine Militarismus-Kampagne zu initiieren.

Eine solche Kampagne gewährleistet allgemein verbindliche Theoretische Arbeit zum Projektverständnis, bei der es sich zwangsläufig ergibt, auf grundsätzliche Probleme des Marxismus zu recourieren und so die Entstehung eines verkürzten Bewußtseins vermieden wird. Da stets mit der Perspektive der Umsetzung in die Agitations- und Aktionspraxis gearbeitet wird, besteht nicht die Gefahr einer bloßen Theorie-Akkumulation ohne Praxis-Bezug. Obwohl nur strategische Ansätze vorhanden sind, können wir im Rahmen eines genau abgegrenzten nicht nur kontingenten Bereichs taktieren. Indem wir agieren und nicht mehr nur reagieren wird es zu leisten sein, eine adäquate Oragnisationsform zu finden. Durch den Projektbereich Militarismus werden einerseits die Voraussetzungen ~~XXXXXX~~ der Mobilisierung durch Vermittlung außerschulischer Konflikte (Vietnam, Imperialismus etc.) und andererseits die Analyse und Umsetzung in Aktion innerschulischer Konflikte erfüllt. Dieser dialektische Anspruch konnte bisher in der Schülerbewegung durch den ambivalenten Charakter der Sexual- und Leistungskampagne nicht erfüllt werden.
Im Bezug auf die Arbeit der Schulkader ist es von Bedeutung, daß die Schule nach dem Elternhaus die wichtigste Sozialisationsinstanz ist. Die wesentliche integrationistische Funktion der Schule besteht in einer Militarisierung, die Anpassung an hierarchische Strukturen gewährleistet. Dies ist eindeutig aufzuzeigen an Lehrinhalten von Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch und am paramilitärischen Charakter des Sportunterrichts.---

Grundlegende Literatur zum Militarismus: Friedrich Engels: Zur preussischen Militärfrage MEW Bd.16, außerdem Dietz-Einzelbroschüre F. Engels: Kann Europa abrüsten? Fischer MEW-Studienausgabe Bd. 4 W. I. Lenin Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Dietz-Einzelbroschüre, W. I. Lenin: Krieg und Sozialismus Dietz; Rosa Luxemburg: Miliz und Militarismus, Rede z. Parteiprogramm der KPD in "R. Luxemburg, Ausgewählte Schriften" Roelen/DDR; Luxemburg: Spartakusbriefe Dietz-Verlag; Gen. Mao-Tse-Tung über den Volkskrieg

"Der Militarismus, der für die Gesellschaft im Ganzen eine völlig absurde Vergeudung ungeheurer Produktivkräfte darstellt, der für die Arbeiterklasse eine Herabsetzung ihres wirtschaftlichen Lebensmaßstabes zum Zwecke ihrer sozialen Versklavung bedeutet, bildet für die Kapitalistenklasse ökonomisch die glänzendste, unersetzliche Anlageart wie gesellschaftlich und politisch die beste Stütze ihrer Klassen-

VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS - ODER ZURÜCK INS PARLAMENT !

Antiparlamentarische Aktion am Wahltag

Wir hatten der Aktion am Wahltag von vorn herein keinen allzu großen strategischen Stellenwert eingeräumt. Weder erwarteten wir, am Wahl sonntagsspaziergang Massen mobilisieren zu können, noch erhofften wir organisatorische Konsequenzen aus dieser Aktion ziehen zu können. Auch wußten wir genau, daß die versäumte Kampagne zum Wahlboykott am Wahlsonntag selber nicht nachgeholt werden könnte und durch unsere Aktion die Zahl der ungültig Wählenden sich keinen Deut erhöhen würde. Auch war uns völlig klar, daß die Auseinandersetzung am Wahlsonntag mit der Polizei vermieden werden mußte, wenn wir nicht in den Geruch kraftprotzender Sektieren gelnagen wollten, um anschließend in die vorbereiteten Gefängniszellen zu wandern. Es war weder vorgesehen, Urnen zu klauen und Wahllokale anzuzünden, noch irgendjemand an seiner BDR-Würde des Wahlaktens zu verhindern.

Als Erfolgskriterien für die Aktion am Wahltag hatten wir festgelegt: Schaffung von Gegenöffentlichkeit. Und dies aus zweierlei Gründen:

1. Die Arbeiterklasse hatte den Wahlkampf aktiv geführt und in den wilden Streiks die einzig mögliche Antwort gegen die Repräsentativorgane dieses Systems ergriffen. (S. Flugblattserei der Betriebsprojektgruppe im SDS Hannover, Info 2/3) Durch unsere Aktion am Wahltag sollte gerade bei denen, die gekämpft hatten, wilde Streiks organisiert hatten, klassenkämpferische Selbstorganisationsformen entwickelt hatten das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß Klassenkampf ausschließt, für die public-relation-Abteilung der Unternehmer Kreuzchen zu malen. Der Kampf der Massen, Herr über ihre Geschichte zu sein kann nur gehen über die Selbstorganisation der Massen im solidarischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Es gibt kein anderes Mittel.

2. Die Parlamentarismuskritik war in der Initialphase der Neuen Linken gerade in der BRD ein wichtiges Mobilisierungsmittel. Die Einsicht in die Funktion des Parlaments als Akklamationshäuflein der Exekutive, die wiederrum den ausgezeichneten service für die Kapitalisten ableistet, war durch die Bildung der Großen Koalition zum Aha-Erlebnis geworden und war praktisch geworden vor allem in Massenaktionen gegen die NS-Gesetze. Der Wahltag sollte zum Anlaß werden, diesen theoretischen Ansatz mal wieder ins Gedächtnis zu rufen: d.h. wir verteilten theoretisch gehaltene Flugblätter in Schulen, Uni usw (S. INFO 2).

Für die Aktion selber legten wir fest: es muß vermieden werden, der Polizei irgendeine Handhabe zum Eingreifen zu geben. In der Aktion sollte lediglich die ganze alte Scheiße als ganze alte Scheiße aufgezeigt werden, sie sollte verarschenden und spielerischen Charakter tragen und jene entlarven, die sich im Suwageweißten Lächeln während des Wahlkampfes schon längst entlarvt hatten.

Die Aktion mißlang, da kein wahlberechtigter Genosse die Chance wahrnahm, öffentlich, massenhaft und bei vollem Tageslicht (unterm Augenschein von Fernsehen und Presse, die da waren und den finsteren Kater-Carlo-Gesichtern der Bullen, die natürlich auch da waren) seine maßgebliche Meinung auf den Stimmzettel zu schreiben.

Die Aktion mißlang, da das polizei-demokratische Selbstverständnis für den Wahltag den Ausnahmezustand festlegte. Die Hundertschaft Demonstranten wurde Schritt für Schritt eskortiert vom polizeilichen Staatsapparat. Transparente wurden wegen staatsgefährdendem Charakter in einem Blitzangriff der Bullen militant geraubt. 4 Genossen wurden verhaftet ohne Grund. Als wir schon längst beim Bier saßen, uns offiziell aufgelöst hatten gewann die Demonstration eine neue Qualität: Vorbeischaft!

Bericht über die Vorbeugehaftaktion am Nachmittag des 28.2.1982

Ablauf:

Vorgeschichte:

Ich (W.K.) hatte mich während des ganzen Vormittags (10.30-15.20 h) in der Wohnung Podbielskistr.105 aufgehalten. Dann holten mich Rainer und Wiltrud Lichte mit ihrem Auto ab und wir fuhren zu mir nach Hause, weil ich noch etwas zu erledigen hatte. Wiltrud u.Rainer waren eine Stunde vorher aus Bremerhaven zurückgekehrt.
Rainer parkte seinen Wagen im Elfenweg schräg gegenüber dem Haus Nr.9. Ich ging hinein, kam aber rasch wieder heraus und wir unterhielten uns noch eine Weile über den offenen VW-Cabrio hinweg.

Festnahme:

Plötzlich (ca. 15.40h) hält neben uns ein beiger Mercedes 200. Drei Männer springen heraus. Einer (später herausbekommen: PHK Föllmer, Leiter der hann. Zivilstreifen) rannte auf das parkende Auto zu, ein Polizei-Haltsignal schwenkend. Dann forderte er Wiltrud und mich auf, unsere Ausweise zu zeigen. Auf unsere Frage, was das denn solle, erhielten wir nur eine aufgeregte kanppe Antwort: das erführen wir noch früh genug. Das wüßten wir auch. Bitte um Dienstausweis: auf der Wache! "Sie sehen doch, daß wir Polizisten sind." Wir gaben unsere Ausweise hin, die der Mann in der Hand behielt. Dann forderte er uns auf, in den Mercedes einzusteigen. Wiltrud sollte aber vorher noch den Wagen verschließen.
Der zweite Insasse des Mercedes war auf Rainer zugelaufen und hatte ihn ebenfalls aufgefordert, seine Papiere zu zeigen. Als Rainer nach dem Sinn der Aktion fragte und sich lauthals beschwerte, wurde er sanft in einen Polizei-VW gezogen, der inzwischen eingetroffen war. Wenig später durfte er noch einmal aussteigen, um das Verdeck des Cabrios zu schließen. Insassen des VW's: drei Polizeibeamte in Zivil, unter ihnen PR Boelke.
Der dritte Insasse des Mercedes, der Fahrer, war sofort nach Halt zurückgelaufen und hatte die gesamte Szene fotogrfiert. Während der Verhaftung soll nach Beobachtung von R.und W.Lichte ein blauer BMW in angemessener Entfernung gewartet haben. Der Polizei-VW ist dann rückwärts mit Blaulicht ausdem Elfenweg (Einbahnstraße!) gefahren.
Fahrt zum Polizeipräsidium
Auf der Fahrt zum PP haben wir mehrfach versucht, den Grund der Verhaftung zu erfahren und die Männer zu veranlassen, sich auszuweisen. Außer Gemurmel über "heute morgen" und "Schutz" war nichts rauszukriegen. Auf Wiltruds Frage, ob es sich hier um Vorbeugehaft handele, antwortete einer der Männer:"Sie wissen ja ganz gut Bescheid."
Im Polizei-VW wurden Rainer, der sofort mit seinem Namen angesprochen wurde, die drei Beamten wie Bekannte vorgestellt.
In der Polizeihaftanstalt
Auch dort versuchten wir zu erfahren, warum man uns verhaftet hatte. Erst jetzt fühlte sich einer der Insassen des Mercedes bemüßigt, als Rechtsgrundlage den § 9 des nds. Gesetzes für Sicherheit und Ordnung (SOG) anzugeben und ein paar Zeilen aus dem Kopf zu zitieren. Dort ließ sich auch PHK Föllmer herbei, seinen Namen zu sagen. Wiltrud wurde dann fortgeführt, während Rainer und ich unsere lose beigeführten Gegenstände abgeben mußten.(Ich auch meinen Hosengürtel). Rainer durfte auf ausdrückliche Bitte Papier und Kugelschreiber behalten.

Nachdem wir nach Waffen untersucht worden waren, wurden wir in Einzelzellen geführt, die 10 Zellen voneinander entfernt waren (Zeit ca. 16.30h).

Während der Haft

Nach etwa einer halben Stunde wurden wir nacheinander aus den Zellen zum Fotograf geführt. Ich wehrte mich nicht, während sich Rainer mit Erfolg weigerte, fotografiert zu werden, da dem Fotografen die Rechtsgrundlage seiner Tätigkeit äusserst unklar war. Um ca. 17.45h bekamen wir Essen: zwei Scheiben Mettwurstbrot und Kaffee.

Wiltrud war in die Diensträume der Kripo geführt worden, da das Frauengefängnis gerade renoviert wird. Zu ihrer Bewachung waren ständig zwei Polizeibeamte anwesend. Zwischendurch wurde sie in den 4.Stock der Polizeihaftanstalt geführt, fotografiert und gemessen (Länge).

Entlassung

Wiltrud wurde bereits um 17.15h durch einen Hinterausgang entlassen. Rainer und ich wurden um 17.55h aus den Zellen geholt. Nachdemm wir unsere Sachen zurückerhalten hatten, wurden wir -wiederum ohne Angabe von Gründen- entlassen und in einem zivilen Polizei-VW zum Ort unserer Verhaftung zurückgefahren. (ca. 18.10h)

Auto untersucht

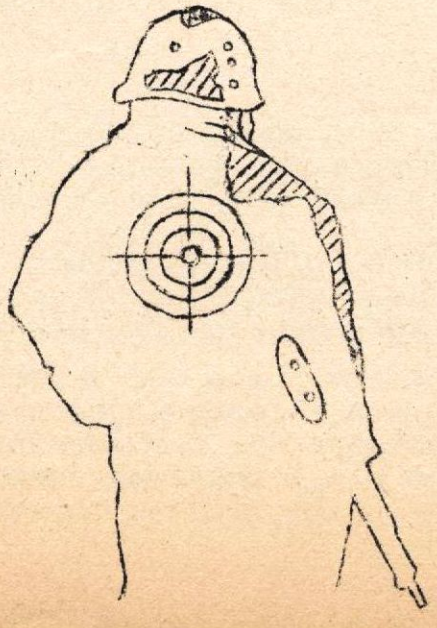
Zwischenzeitlich kehrte der Mercedes in den Elfenweg zurück. Männer machten sich nach Beobachtung meiner Mutter und eines Nachbarn an Rainers Auto zu schaffen. Rainer ist sicher, daß die Männer den Wagen geöffnet und untersucht haben.(Bücher waren durcheinander gebracht worden. Funkverkehr im Polizei-VW). Der Wagen war von Rainer abgeschlossen worden.

§ 9 S O G

erlaubt vorläufige Festnahmen bis zu 24 Stunden,
wenn eine besondere Gefahr für die Festzunehmenden besteht (Selbstmord)
wenn durch die Verhaftung eine Ordnungsstörung beendet werden kann,
wenn eine unmittelbar bevorstehende Ordnungsstörung verhindert werden kann. (Bitte nachprüfen!)

Rechtliche Schritte:

Durch RA Börner stellen wir einen Strafantrag wegen Freiheitsberaubung im Amt.



"LA LUTTE CONTINUE!"

Martin Bernhold

DIE VORBEUGEHAFT UND IHRE FUNKTION IN DER GEGENWÄRTIGEN PHASE DER ENTWICKLUNG DER BRD

Auszüge aus: Argumente zur Zeit, Sonderdruck aus "Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft2/1969, Köln

Die freien Wahlen 1969 werfen ihre Schatten voraus. An den Universitäten wird mit Relegationen und Stipendienentzug gedroht, in der SPD wird mit Parteiverfahren diszipliniert, und die Allgemeinheit soll mit einem neuen "Schutzgesetz" bedacht werden. Das Parlament, das das Volk repräsentiert, so daß alles, was das Parlament tut oder unterläßt, veranlaßt oder freigibt, als vom Volk beschlossen gilt - wie die staatsrechtliche Theorie sagt -, dieses Parlament hat die Vorbeugehaft in erster Lesung beraten. Abermals will also das Volk eine Erweiterung der zentralen Gewalten; ebenso wie es gewollt hat, daß seit zwei Jahrzehnten der Hauptteil des Volksvermögens sich in den Händen einer sinkenden Zahl von Kapitalträgern konzentriert, so daß die zentralen Machtpositionen in "unserer" Wirtschaft von einer heute überschaubaren Gruppe von Personen gehalten werden; wie es auch gewollt hat, daß die Mehrheit, die abhängig Arbeitenden, auf einen immer größeren Anteil des relativen Einkommens verzichten zugunsten eines um so rapideren Wachstums des Einkommens von ein paar wenigen Mächtigen; und wie es gewollt hat, daß es seine Meinungen weithin von einem gigantischen Pressekonzern beziehen soll, in der Hand eines Mannes, dem man dafür an persönlichem Einkommen jede Woche zwei Millionen DM zukommen läßt.

Zur Garantie dieser Entwicklung hat dasselbe Volk zugleich etliche Schutzgesetze erlassen, um die Macht in den Händen dieser Wenigen zu erhalten. Es hat dafür gesorgt, daß jene ihre Macht im Notfall mit Bundeswehr und Geheimparlamenten verteidigen können, daß der Bereich staatlicher Geheimbeschlüsse zunehmend ausgeweitet wird und daß die als Kontrollinstanzen vorgesehenen Organe und gesellschaftlichen Institutionen längst in die Machtinnehabung der Mächtigen involviert sind. Es zeigt sich, wie das hier repräsentierte Volk mit diesen Mächtigen zu identifizieren ist.

...

Der SPD- oder Koalitions-Entwurf zur Vorbeugehaft

Er sieht die Vorbeugehaft für Verdächtige dreier verschiedener Deliktstypen vor: wenn der dringende Tatverdacht sich bezieht auf

1) Kapitalverbrechen oder
2) Sittlichkeitsdelikte oder
3) ein wiederholtes "die öffentliche Sicherheit und Ordnung empfindlich beeinträchtigendes" Körperverletzungs- oder Vermögensdelikt. Bei einem solchen Verdacht kann die Vorbeugehaft verhängt werden, sofern
   - die Gefahr eines weiteren, ähnlichen Delikts besteht,
   - diese Gefahr "anders nicht abgewendet werden kann" und
   - eine Freiheitsstrafe von mindestens 9 Monaten "zu erwarten ist".

Die Delikte des ersten Typs, die Kapitalverbrechen, sind ohne klaren Grund hier eingeführt; denn nach der - fortgeltenden - Regelung des jetzigen Absatz 4 des Paragraphen 112 der Strafprozeßordnung ist bei genau diesen Delikten die Verhaftung auch ohne besonderen Haftgrund möglich.

Gleiches gilt für die Sittlichkeitsdelikte. Für Verdächtige genau derselben Taten, wie sie hier vorgesehen sind, ist heute bereits die Vorbeugehaft möglich. Auch die zusätzlichen Voraussetzungen sind praktisch unverändert in dem Entwurf übernommen worden. Die neue Voraussetzung der erwarteten Strafe von mindestens 9 Monaten spielt bei diesen - in der Regel schweren - Sexualdelikten eine nur sehr geringe Rolle.

Das bedeutet: die Vorbeugehaftbestimmung soll ausschließlich wegen der dritten Deliktskategorie eingeführt werden. Alles andere in ihr spielt keine mitmotivierende Rolle, sondern dient nur der psychologischen Vorbereitung und der werbenden Optik - eine Gesetzeskonstruktion nach den Kategorien des Trimmens, Verpackens und Verkäuflichmachens der Legislativen Intention, wie wir sie schon bei den Notstandsgesetzen eingehend beobachten konnten...

Die Auslegung des Vorbeugehaftsentwurfs hat somit ergeben: der Entwurf ist hauptsächlich bedeutsam im Zusammenhang mit den dort genannten Körperverletzungsdelikten. Indem er aber

1. eine einmalige Wiederholung einer solchen Tat genügen läßt,
2. dies nicht festgestellt zu sein, sondern nur ein dringender Verdacht zu bestehen braucht
3. Die übrigen Voraussetzungen durch Unklarheit oder Weite nur geringe Einschränkende Wirkungen haben und
4. unter jenen Körperverletzungsdelikten sich mindestens zwei weite Tatbestände befinden, die sich auf zahlreiche Demonstrationssituationen anwenden lassen,

ist dieser Entwurf verwendbar, je nach Opportunität, als politisches Instrument gut geeignet...

Das Haftrecht im Recht der bürgerlichen Gesellschaft

Die Garantie der persönlichen Freiheit hat eine zentrale Funktion im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. Einschränkungen dieser Garantie haben heute eine ebenso zentrale Funktion in der Destruktion des bürgerlichen Rechtssystems.

Das Recht auf Freiheit der Person war eine der frühen Forderungen des aufkommenden Bürgertums, in England erstmals endgültig durchgesetzt in dem berühmten Habeas-Corpus-Akt von 1679 : die persönliche Freiheit der Bürger unterlag nunmehr dem Schutz der zunehmend bürgerlichen - Gerichte. Nur auf der Grundlage dieser Freiheit konnte sich das bürgerliche Rechtssystem entwickeln, in dem die Allgemeinheit der Gesetze, also das Prinzip der formalen Gleichbehandlung aller, die Chancengleichheit und die Berechenbarkeit der rechtlichen Folgen allen wirtschaftlichen und persönlichen Verhaltens gewährleisten sollten. Die bürgerliche Konzeption einer Gesellschaft frei und chancengleich - marktgerecht - miteinander konkurrierender Bürger - auf dem Gebiet der Wirtschaft ebenso wie auf dem der politischen Meinungs- und Willensbildung -, diese Konzeption erforderte die Verwirklichung der Prinzipien der Freiheit und der Gleichbehandlung. Das kontinentale Recht erstrebte diese Gleichbehandlung durch möglichst fest und scharf umrissene allgemeingültige Normen.

Im Prozeß der Fortentwicklung des Kapitalismus in der bürgerlichen Gesellschaft löste diese selbst die Grundlagen ihrer eigenen Konzeption auf: statt von den unzähligen gleich Mächtigen-die jenes liberale Konzept voraussetzt- wurde das gesell-

schaftliche und staatliche Leben immer mehr bestimmt von den ständig Macht akkumulierenden Machtzentralen. Der Markt fiel der Macht und den Absprachen der Mächtigen, die er selbst hervorgebracht hatte, zum Opfer.

Im selben Maße wurde das Prinzip der Gleichbehandlung auch formal durchbrochen und abgebaut; es entsprach nicht mehr der herrschenden Interessenlage: Zum einen gewannen die Machtzentralen einen sie selbst überwältigend privilegierenden Einfluß auf die staatliche Organisation, und zum anderen repräsentierten diese Machtpositionen auch tatsächlich für das gesellschaftliche System unentbehrliche Einheiten; so sehr auf niederem Niveau die Regeln der Konkursordnungen noch gelten mögen, auf die Darmstädter Bank -1931- und auf die Fa.Krupp -1967- dürfen sie nicht angewandt werden; der"Staat" muß notfalls den Fortbestand garantieren.

An die Stelle der Gleichbehandlung ist also notwendigerweise die Privilegierung getreten und an die Stelle der Chancengleichheit die offene Vermischung von Privatheit und Öffentlichkeit: privat ist hier nur die Profitseite, öffentlich dagegen die Risikoseite-eine weiterer Machtakkumulation zugute kommende Verteilung.

Im Zuge dieser Entwicklung verändern sich auch die Ansprüche an die allgemeinen Gesetze: In wachsenden Bereichen werden klare Begrenzungen in ihnen hinderlich; sie werden durchsetzt mit Allgemeinformeln, mit ausfüllungsbedürftigen Begriffen, mit Ermessensspielräumen und Verordnungsermächtigungen. All das ist ebenfalls eine den Konzentrationsprozeß des Spätkapitalismus notwendig begleitenden Entwicklung.

Je mehr dieser Prozeß fortschreitet, desto prekärer wird allerdings die Legitimations- und d.h. die Machterhaltungsfrage.Ihre Beantwortung ist solange noch aufzuschieben, als auch die Beherrschung der Meinungsbildung gelingt. Sobald aber eine Opposition diese Frage selber fundamental aufgreift, droht die behauptete Legitimität der eigenen Macht ihre Brüchigkeit zu offenbaren; die Barrieren gegen solche die Macht streitig machenden Bewegungen müßen künstlich und gewaltsam verstärkt werden. In welch formal allgemeine Gesetze solche Verstärkungen auch gepackt werden, ihre Stoßrichtung liegt offen zutage und wird in der staatlichen Praxis täglich bestätigt. Die Gleichbehandlung in den letzten Jahren von Kommunisten und z.B.Angehörigen der Abendländischen Akademie Eichstädt oder heute von linken Studenten und z.B.Polizisten wird gegenwärtig auch der justizgläubigste kaum noch behaupten. Nur eben über das Maß und die Berechtigung ungleicher Behandlung ist man geteilter Meinung. Was man als Rechtsstaatlichkeit zu bezeichnen pflegt, existiert im Sinne der formalen Gleichbehandlung und Berechenbarkeit nur noch in den allmählich schrumpfenden Bereichen relativ machtneutraler gesellschaftlicher Vorgänge.

Innerhalb des Strafrechts und des Strafprozeßrechts fallen dabei vor allem zwei Bereiche auf, in denen die Tatbestände im Zuge der neueren Rechtsentwicklung besonders dehnbar wurden, weil sie offenbar als besonders emanzipationsverdächtig galten: der Bereich der Sexualstraftatbestände, der freilich nach modernen technokratischen Auffassungen heute nicht mehr so bedeutsam ist, da man sich auch die sexuelle Revolution, wenn man sie ausreichend auf ihrem Ausgangsbereich beschränkt, dienstbar machen zu können scheint; und zum anderen der Bereich der politischen Delikte.

In einem fortgeschritteneren Stadium einer spätkapitalistischen Legitimitätskrise jedoch wird zusätzlich zum Abbau des Gleichbehandlungsprinzips auch das der Freiheit der Person eingeschränkt; ja, bei so fluchtartigen Reaktionen, wie die bürgerliche

Gesellschaft sie zu Anfang der dreißiger Jahre in Deutschland zeigte, wird es für alle politisch relevanten Fälle gar aufgehoben. Solche Einschränkungen der persönlichen Freiheit nehmen dabei ein viel manifesteres Stück bürgerlicher Emanzipationsbewegung zurück.
Es ist kein Zufall, daß alle drei Momente in der Vorbeugehaftnovelle zusammenkommen: die Vagheit der Tatbestandsmerkmale, die Einschränkung der Freiheit der Person durch die Erweiterung der Haftgründe sowie die besondere Bedeutung der Sexualstraftatbestände und der politisch begründeten Delikte.

WAS ERGIBT SICH HIERAUS ALLGEMEIN FÜR DIE OPPOSITIONELLE PRAXIS?

Die Vorbeugehaft ist nicht das fehlerhafte Produkt zufälliger, persönlicher, aktueller Entscheidungen bestimmter Parlamentarier, sondern ein der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Politik genau zugehöriger Schritt. Sie hat innerhalb dieser Politik einen erheblichen Stellenwert.
"Liberale" Proteste oder diffizile Abwägungen zwischen den beiden Entwürfen oder gar Verbesserungsvorschläge sind hier keine oppositionellen Akte; sie bekräftigen nur die bestehende Fiktion der Liberalität des Machtsystems. Sie verschließen die Augen vor den prinzipiellen Interessen an diesem Gesetz, gegen die sie ohnmächtig sind.
Es gilt vielmehr zu sehen, daß die bestehenden Formen der Produktion und der Distribution abermals zu einer Entwicklung geführt haben, in der die wachsende "private" Macht weniger Mächtiger die Zunahme der "öffentlichen" Gewalt -als Ausgleich für die abnehmende Legitimitätsbasis- erforderlich macht. Doch je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto durchsichtiger wird die öffentliche Maske dieser Gewalt, bis sie, um so unsicherer und brutaler auftretend, sich als bloße Gewalt demaskiert.
Dies wird sich nicht nur an den aktuellen Polizei- und Justizakten zeigen, sondern auch an dem, womit an Weiterem zu rechnen ist: z.B. -um nur, was bereits diskutiert wird, zu nennen- förmliche Schutzhaft, Exekutivbefugnisse des Bundeskriminalamtes und sogar des Verfassungsschutzes, bis hin zum Bundesgesundheitspaß.

Das heißt: Der Widerstand gegen die Vorbeugehaft kann nur von genau der Art sein, gegen die sie selbst vorgesehen ist: als fundamentaler Widerstand gegen eine Gesellschafts- und Machtorganisation, die zu ihrer eigenen Festigung solche Mittel benötigt und sich in immer kürzeren Abständen genehmigt.

RÜCKT DER FEIND VOR, ZIEHEN WIR UNS ZURÜCK; MACHT ER HALT, UMSCHWÄRMEN WIR IHN; IST ER ERMATTET, SCHLAGEN WIR ZU; WEICHT ER, VERFOLGEN WIR IHN. (MAO TSE-TUNG)

"Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rasselnd wieder in die Höh' richten" und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

I c h w a r , i c h b i n , i c h w e r d e s e i n ! ! !

(Rosa Luxemburg)

T E R M I N E:

SDS - MV :	Sa.17 h Cafeteria
öffentl. INFO - Redaktionssitz.: (Genossen, kommt zur Redaktionssitzung; meldet Ansprüche an; schreibt Artikel, kritisiert die Redaktion. Das INFO erscheint jetzt 14 tägig. Nächster Termin:So.8.11.	Mi.20.15 h Psych.Seminar Wunstorfer Str.14 III.St.
Aktionsgruppe hann. Lehrlinge:	Mo. 19 h Sem. f.Politik, Wunst. Str.14
Kinderladen (theor.AK) (Auferbeitung historischer antiautoritärer Erziehungsansätze)	Do. 19 h Psych. Seminar
Betriebsprojektgruppe:	Fr. 19 h Podbi 105 (Kommune)
Stadtteilbasisgruppe Linden:	Mo. 20.30 h Cafeteria
Schülerbasisgruppe:	Mo. 18 h Haus d.Jugend, R.10

Gruppen ohne feste Termine:

ad-hoc-Gruppe Sozialistisches Zentrum/Kontaktadresse: Alfred Krovoza, Cramerstr.10, Tel. 2 93 56

GENOSSEN, KAUFT ROTE BAUSTEINE !!!

Rechtshilfe u. zentrale Ermittlung/Kontaktadresse: Klaus Grau, Lister Kirchweg 3 (Alle Unterlagen über Prozesse, USTRA-Aktionen, usw. bitte an diese Adresse!)

SEX-POL/Kontaktadresse: Hassan Aragtschini, Striehlstr.5

Im psych. Seminar finden einige Seminare statt, die für politische Arbeit wichtig sind: VON GENOSSEN FÜR GENOSSEN.

Gruppenkonten:

zentrales SDS-Konto:	Rainer Lichte,PSchA Han 24 25 01
Rechtshilfe:	BfG 77 56
Sozial. Zentrum:	BfG 91 94
INFO - Konto:	Diemer, Spaka d.Hpstd.Han.19402104

Impressum:
Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Hannover
Redaktion: Börtzler, Diemer, Weiberg
vorl.Anschrift: A.Diemer, Podbielskistr.105, Tel. 69 03 73

==========